

Andrew L. Johns/Mitchell B. Lerner (Hrsg.), *The Cold War at Home and Abroad. Domestic Politics and US Foreign Policy since 1945*, University Press of Kentucky, Lexington 2018, vi + 332 S., geb., 60,00 \$, ISBN 978-0-813-17573-7.

Charlie Wilson hatte es leicht als Abgeordneter. Fast zweieinhalb Jahrzehnte lang vertrat der Demokrat den zweiten Kongressdistrikt von Texas in Washington. Schenkt man der filmischen Stilisierung von Wilsons bewegtem Leben Glauben, so konnte sich der schillernde Politiker deshalb ungestört dem Afghanistankrieg widmen, weil seine Wählerinnen und Wähler vergleichsweise anspruchslos waren: Der von Tom Hanks kongenial verkörperte Wilson musste seinem Elektorat nur dessen Waffenbesitz garantieren und es ansonsten in Ruhe lassen. Das Bedingungsgeflecht, das Innen- und Außenpolitik während des Kalten Kriegs bildete, war freilich nicht immer so geschmeidig zu entwirren. Die Autorinnen und Autoren des von Andrew Johns und Mitchell Lerner herausgegebenen Sammelbands haben sich vorgenommen, mithilfe eines methodisch modernisierten Ansatzes der Politikgeschichte die Wechselbeziehung zwischen der nationalen und der internationalen Arena in der Ära der Blockkonfrontation zu beleuchten.

Wie schmal der Grat zwischen Information und Propaganda in einer Demokratie ist, exemplifiziert Autumn Lass anhand des im US-Außenministerium angesiedelten »Office of Public Affairs«. Diese Einrichtung sollte Fakten eigentlich wirklichkeitsgetreu verbreiten, konnte jedoch der Versuchung nicht widerstehen, selbst Fakten in die Welt zu setzen, um einer in den späten 1940er-Jahren zunächst skeptischen Öffentlichkeit die Notwendigkeit einer offensiven Strategie im Kalten Krieg näherzubringen. Information und Indoktrination waren demnach zwei Seiten derselben Medaille. Dies gilt nicht zuletzt für den Vietnamkrieg. David L. Prentice zeichnet die politische Karriere des Abgeordneten Melvin Laird nach, der als »political attack dog« (S. 37) Präsident Lyndon B. Johnson zusetzte, gleichzeitig aber als Repräsentant eines pragmatischen Republikanismus des Mittleren Westens etwa die Forderungen der Bürgerrechtsbewegung nicht kategorisch abwies. Laird sprach sich gegen einen Einsatz von Bodentruppen in Indochina aus, forderte stattdessen ein massives Bombardement, um amerikanischen Soldaten einen blutigen Opfergang zu ersparen. Einen Verhandlungsfrieden lehnte er strikt ab. Später gab er einer revisionistischen Lesart des Vietnamkonflikts Nahrung, indem er die zögerliche Haltung des Kongresses für die ausbleibenden Erfolge auf dem Schlachtfeld verantwortlich machte. So aufschlussreich Prentice' Studie in Bezug auf Lairds Metamorphose vom Falken zum Pessimisten ist, so wenig erhellt aus ihr die dem Sammelband leitmotivisch vorangestellte »Tocqueville Oscillation« (Walt Rostow) zwischen Innen- und Außenpolitik. Ganz anders indes bei Christopher Foss: Sein Aufsatz analysiert am Beispiel Henry »Scoop« Jacksons überzeugend die Wechselwirkung beider Politikfelder. Jackson vertrat über Jahrzehnte hinweg hartnäckig die Interessen des Staates Washington auf Bundesebene. So gelang es ihm, Bundesgelder für Militäreinrichtungen und Nuklearanlagen in den pazifischen Nordwesten zu lenken, selbst wenn der Kongress eigentlich zu Sparrunden ansetzte. Neben einem »brash display of nuclear cheerleading« (S. 70) blieb auch sein Lobbying zugunsten des Flugzeugkonzerns Boeing im Gedächtnis und trug ihm 1970 den ersten Platz im parlamentarischen Subventionsranking ein. Bittere Ironie: Selbst die Beseitigung der nuklearen Hinterlassenschaften in Hanford sicherte Jobs. Liberale schätzten Jackson als Kümmerer, Konservative hoben seine sicherheitspolitische Kompromisslosigkeit hervor. Allerdings hegte Jackson früh Sympathien für China, und als sich das Land unter Deng Xiaoping zu öffnen begann, verstand es der gewiefte Senator, zuvörderst seinen Heimatstaat Washington vom sich belebenden transpazifischen Handel profitieren zu lassen. Industrie-, Forschungs- und Sicherheitspolitik gingen Hand in Hand.

Daniel G. Hummel bringt in seinem ebenfalls überzeugend recherchierten Aufsatz die Religion ins Spiel. Er veranschaulicht die Bemühungen Marc Tanenbaums, mit Billy Graham einen der einflussreichsten Evangelikalen für eine proisraelische Allianz zu gewinnen und damit gleichzeitig den interreligiösen Dialog zu fördern. Als Anhänger der prämillenarisch-dispensationalistischen Eschatologie wahrte Graham theologisch Distanz zu anti-jüdischen Strömungen des Evangelikalismus und eignete sich so im Besonderen als Brückenbauer. Der Sechstagekrieg 1967 sowie Grahams Unterstützung für den später in Ungnade gefallenen Präsidenten Richard Nixon stellten die neue Allianz auf eine schwere Belastungsprobe. Hummel zeigt, wie sich Graham seit Mitte der 1970er-Jahre vom Nahostkonflikt abwandte, zumal er den Aufstieg der religiösen Rechten mit ihrer genuin politisch-kulturkämpferischen Agenda kritisch beäugte.

Henry R. Maar und Tizoc Chavez befassen sich intensiver mit Nixon, wobei Chavez das eindringlichere Porträt gelingt, indem er Nixons medial brillant inszenierte Reisen in das »Reich der Mitte« und nach Moskau als Ausfluss einer »storybook presidency« (S. 148) charakterisiert. Die ebenso knappen wie traumatischen Niederlagen bei den Präsidentschafts- und Gouverneurswahlen 1960 bzw. 1962 hatten Nixon in der Auffassung bestärkt, dass der medialen Begleitmusik mindestens derselbe Stellenwert beizumessen sei wie der politischen Substanz. Dass ausgerechnet der linkische und introvertierte Republikaner auf die Macht des Fernsehens und die Dynamik der Gesprächsdiplomatie setzte, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Und so öffnete der ehemals »coldest of cold warriors« (S. 154) 1972 die Türen zur Volksrepublik China, was einer sicherheitspolitischen Revolution gleichkam und obendrein von den ökonomischen Turbulenzen zuhause ablenkte, welche die Gewissheiten von Bretton Woods zum Einsturz brachten. Es nimmt daher nicht wunder, dass Nixons Chinareise John Adams zu einer raffinierten Oper inspirierte, die einen angestammten Platz im Repertoire der Moderne reklamieren kann.

Hideaki Kami und Amanda C. Demmer führen am Beispiel der Exilkubaner bzw. -vietnamesen vor Augen, wie der elitäre Zirkel des außenpolitischen Establishments von Graswurzellobbyisten auf Trab gehalten werden kann. Demmer erläutert differenziert die Aktivitäten der »Families of Vietnamese Political Prisoners Association« (FVPPA), die sich beharrlich für die Freilassung der nach 1975 in Umerziehungslagern internierten Regimegegner engagierte. Dabei stieß die Organisation in den USA anfangs auf ein gerüttelt Maß an Desinteresse, das erst überwunden zu werden vermochte, als das Schicksal der Kriegsgefangenen, Vermissten und der »Amerasians« zu einem Trumpf im Verhandlungspoker auf dem Weg zu einer Normalisierung der vietnamesisch-amerikanischen Beziehungen avancierte. In die Karten spielte der FVPPA außerdem die Renaissance der Familienwerte in der Rhetorik Ronald Reagans. Der auf einem dichten Netzwerk basierende Informationsvorsprung verschaffte der FVPPA einen Einfluss, der in keinem Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl und finanziellen Potenz stand und dem auch von der Populärkultur aufgeholfen wurde, als mit dem Film »Rambo II« 1985 die Auseinandersetzung mit dem Vietnamdesaster in eine neue Phase trat. Da eine forsche Menschenrechtspolitik darüber hinaus sowohl bei der Rechten als auch der Linken auf Anklang stieß, floss die Agenda der FVPPA reibungslos in die Verhandlungen zwischen Washington und Hanoi ein, die schließlich 1995 zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen führten.

Michael Brenes legt den Finger in die Wunde der politischen Ökonomie im Kalten Krieg. Die Aufrüstung unter Präsident Reagan habe die Kluft zwischen den Schichten vertieft, da vorwiegend Hochqualifizierte von elaborierten Rüstungsprogrammen profitierten, während die sogenannte Friedensdividende nach 1989 viele Arbeiter in Form von Jobverlust und Statusängsten erreichte. Brenes hebt präzise den Widerspruch zwischen den »mantras of self-reliance« (S. 250) und der Expansion des fiskalisch-militärischen Komplexes hervor: Gerade jene zu den Republikaner neigenden Profiteure der Aufrüstung machten vehement Front gegen eine als zu hoch empfundene Steuerlast, während die Protagonisten der Kampagne für nukleare Abrüstung liberale Argumente effizienten Haushaltens bemühten, um ihren Wirkungskreis über eine linke Kernklientel hinaus zu erweitern.

Die Aufsätze bieten insgesamt – bei Abstrichen im Einzelnen – einen facettenreichen Einblick in die Wechselwirkung innen- und außenpolitischer Systeme. Begrifflich geschärft worden wären die Beiträge durch eine Berücksichtigung der Theorien der internationalen Beziehungen. Auch wenn die Weltgesellschaft noch immer Utopie ist, bieten konstruktivistische Ansätze überzeugende Plädoyers für die Annahme, dass wachsende Interdependenzen Fragmente einer Gesellschaftswelt freilegen. Lerner lenkt am Ende selbst das Augenmerk auf die zwiespältigen Ausprägungen der »social media explosion« (S. 294), deren Folgen wiederum Bernard Harcourt unlängst in einer zwischen Brot und Spielen angesiedelten Strategie der *total information awareness* kulminieren sah, die auch in der Außenpolitik tagtäglich tiefe Spuren hinterlässt.

Gerhard Altmann, Korb

Zitierempfehlung:

Gerhard Altmann: Rezension von: Andrew L. Johns/Mitchell B. Lerner (Hrsg.), *The Cold War at Home and Abroad. Domestic Politics and US Foreign Policy since 1945*, University Press of Kentucky, Lexington 2018, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 59, 2019, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81903>> [15.8.2019].